

Vereinbarung

nach § 94 Hamburgisches Personalvertretungsgesetz (HmbPersVG)

auf dem Gebiet der

Bewertung von Dienstposten

Zwischen

dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg

- Personalamt -

einerseits

und

dem dbb Hamburg

- beamtenbund und tarifunion -

sowie

dem Deutschen Gewerkschaftsbund

- Bezirk Nord -

als Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände
des öffentlichen Dienstes

andererseits

wird Folgendes vereinbart:

§ 1

Für die Bewertung von Planstellen für Beamte nach den Richtlinien zur Bewertung von Dienstposten vom 8.3.1966 in der Fassung des Senatsbeschlusses vom 7.3.1967 (MittVw 1967 Seite 49) sind mit Wirkung ab 1.1.2003 grundsätzlich die Behörden und Ämter zuständig. Das dabei anzuwendende Verfahren wurde mit der Vereinbarung nach § 94 Hamburgisches Personalvertretungsgesetz (HmbPersVG) vom 6.1.2003 geregelt und für eine Erprobungszeit zuletzt mit Vereinbarung vom 1.10.2007 bis zum 30.6.2010 befristet.

Das Verfahren der dezentralen Bewertung von Dienstposten durch die Behörden hat sich bewährt.

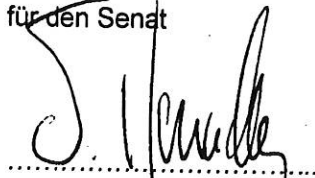
Für eine weitere Erprobungsphase wird die Vereinbarung nochmalig um 3 Jahre bis zum 30. Juni 2013 verlängert.

§ 2

Die Vereinbarung kann von jedem Vertragspartner mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres schriftlich gekündigt werden.

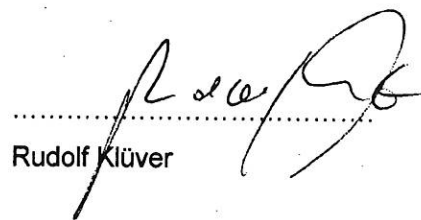
Hamburg, den 09. 12. 2010

Freie und Hansestadt Hamburg
für den Senat



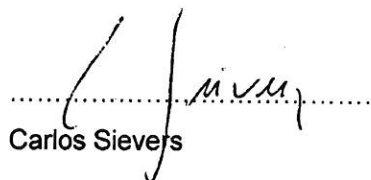
Dr. Volker Bonorden

dbb hamburg
beamtenbund und tarifunion



Rudolf Klüver

Deutscher Gewerkschaftsbund
- Bezirk Nord -



Carlos Sievers